



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Freitag, den 11. Juli 1919.

8 Seiten.—Nr. 103.

Präsident Wilson über die Balfour-Deklaration

Stellt dieselbe als die einzige Hoffnung der Menschheit dar; gibt zu, daß Deutschland minderwertige Konzessionen erhielt

Amerika berufen, anderen Völkern Weg zu zeigen

Washington, 11. Juli.—Über die Balfour-Deklaration sagte der Präsident nachfolgendes: „Ein Schrei ist von jeder menschlichen Wohnung der Kriegführenden Länder, die Söhne, Väter und Brüder in den Krieg geschickt haben, ausgegangen, fordernd, daß derartige Opfer nicht mehr gebracht werden sollen. Der Grund, weshalb die Balfour-Deklaration ins Leben gerufen wurde, ist darin zu suchen, daß eine Nation nach Macht strebt, während andere sich nicht zu verteidigen vermögen, außer sie schließen ein Schwert und Krughändnis. Der Gedanke, eine Balfour-Deklaration zu gründen, hat allen vor dem Kriege am Herzen gelegen. Starrsinnige Leute ist gesagt worden, daß Flotten und Armeen, für deren Unterhalt sie arbeiteten, Frieden bedeuten. Sie wußten, daß die bisherige alte Politik weiter nichts als eine Folge der Gewalt bedeute; und sie wußten, daß das Unrecht nicht sei. Jedes treue Herz in der Welt weiß, und jeder aufgeklärte Mensch verlangt es, daß die alte internationale Politik abgelehrt werden muß. Staatsmänner mögen dies für schwierig halten, nicht aber das Volk. Ein Krieg, in welchem es sich verliert, um sich der Gewalt zu entziehen, darf nicht darin enden, daß diese oder jene Macht das Übergewicht erlangt. Das Ungeheuer, welches zu den Waffen gegriffen, muß in Ketten gelegt werden, die es nicht brechen kann. Die vereinte Kraft freier Nationen muß allen Angriffen und Übergriffen Halt gebieten und der Welt wider die Friebe gegeben und erhalten werden. Wird dieses jetzt nicht bemerklich, dann werden wir weitere Kriege haben, bis die Welt von jeder Macht, die den Schrecken wieder über uns hereinbrechen läßt, befreit ist. Die Balfour-Deklaration ist nicht nur dazu da, begangenes Unrecht unter dem neuen Friedensvertrag wieder gut zu machen, sondern sie ist die einzige Hoffnung der Menschheit. Wieder und immer wieder ist der Dämon des Krieges aus der Wohnung der Menschheit durch Friedensabstufungen vertrieben worden, aber nur um zu gelegener Zeit um so schlimmer wieder einzubringen. Der Wohnung muß nunmehr ein Bewohner gegeben werden, der sich gegen den Kriegsdämon erfolgreich verteidigen kann. Staatsmänner sind zu der Einsicht gekommen, daß die Balfour-Deklaration dazu berufen ist, den Kriegsdämon zu bändigen, und sollten wir oder irgend ein anderes freies Volk fähig sein, uns der Balfour-Deklaration anzuschließen? Sollten wir dieselbe zurückweisen und das Herz der Welt brechen?“

Der Friedensvertrag mit Deutschland ist abgeschlossen; dabei gab es, große Schwierigkeiten zu überwinden. Es war unmöglich, allen Interessen aller Nationen nachzukommen, ohne kleine Zugeständnisse zu machen. Die Folge ist, daß der Vertrag nicht ganz und gar mit unseren Ansichten übereinstimmt; möglicherweise hätten die Nationalabgeordneten einen anderen Frieden diktiert; aber im allgemeinen wird sich der Vertrag unter den Verhältnissen als richtig erweisen. Die gemachten Zugeständnisse haben die Hauptprinzipien nicht berührt.

Den mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag werde ich Ihnen zu gelegener Zeit unterbreiten. Amerika ging in den Krieg, um keinerlei Spezialinteressen für sich zu fördern, wir traten nur für Recht und Gerechtigkeit ein, welche wir aller Welt teilhaftig machen wollen. Und auf dieses Prinzip hin sollte auch der Friede geschlossen werden. Wir waren als unparteiische Freunde willkommen. In schwierigen Fragen wurden wir als Schlichter anerkannt. Man sah ein, daß unsere materielle Hilfe später in Anspruch genommen werden würde, sobald Industrie und Kredit wieder in normale Bahnen geleitet sind und wir erkräftigt werden finanziell unabhängigen Nationen zu helfen. Ich bin stolz, daß wir in diesem Hinsicht allen anderen Völkern den Weg bieten werden. Wir wollten

am Friedensstich eine verantwortliche Rolle, und in Übereinstimmung mit Recht und Gerechtigkeit haben wir uns unserer Aufgabe erlobt. Dem uns geschenkten Vertrauen müssen wir auch in Zukunft Rechnung tragen. Der Umstand, daß Amerika jetzt der Freund von Nationen ist, ob dieselben nun Rivale oder Assoziierte sind, ist Katastrophe. Neu ist nur der Umstand, daß die übrige Welt dieses erfährt.

Von Amerika kann gesagt werden, daß es als Weltmacht seine Majorität erreicht hat. Es sind fast genau 21 Jahre verstrichen, daß wir infolge des Krieges mit Spanien in den Besitz reicher Inseln auf der anderen Seite der Welt und dabei in Verbindung mit anderen Mächten bei der Kontrolle über Westindien kamen. Von mehr als einem europäischen Kontinent wurden uns hinterlistige Gedanken unterworfen, weil wir unsere äußere Macht über unsere Interessensphäre auf dem Festlande ausstrahlen. Sie waren daran geneigt, daß neue Karibik neue Gefahren brachten. Auch in unserer Mitte gab es Personen, die der Ausdehnung unserer nationalen Autorität über entfernte Inseln abhold waren, und die fürchteten, daß wir die Bewohner ausbeuten aber nicht helfen und unterjügen könnten. Wir haben sie aber nicht ausgebeutet. Wir waren deren Freund und haben ihnen mit Rat und Tat zur Seite gestanden, und unsere Dominanz war keine Bedrohung für andere Völker. Kubas gegenüber haben wir unsere Ehre bis aufs Feinste eingeleitet. Es ist zwar schwach, aber absolut frei. Und freie, kleine oder schwache Nationen bilden zu uns ein Vorbild. Sie wissen, daß keine Gefahr für sie vorhanden ist, wenn sie uns als ihre Führer erwählen. Vor 20 Jahren ist unsere Kolonisation zu Ende gegangen; Nationen sehen ein, daß sie uns nicht zu fürchten haben; sie suchen unseren Rat und unseren Beistand. Wir sind zur Weltmacht geworden; die einzige Frage, welche aufgeworfen wird, ist, ob wir die uns angetragene moralische Führerschaft annehmen dürfen und ob wir das uns angetragene Vertrauen der Welt ablehnen oder annehmen sollen.

Meiner Meinung nach hat der Krieg und die Friedenskonferenz in Paris diese Frage beantwortet. Unsere Teilnahme am Krieg hat unsere Stellung unter den Nationen etabliert, und nichts als unsere eigenen Fehler könnten dieses ändern. Es ist kein bloßer Zufall oder eine plötzliche Eingebung, daß wir nicht länger isoliert und einer Politik entgegen sind, welche nur unserem eigenen Interesse dient. Es war unsere Pflicht, an dem Kriege teilzunehmen, wollen wir als Verteidiger für Freiheit und Recht dastehen. Wir kamen unserer Pflicht zu begegnen nach, ohne Rücksicht auf die Opfer an Gut und Blut, so bewundernswert von allen, so heldenhaft, daß die ganze Welt schließlich einsehend, daß man es mit einer Nation zu tun hatte, die nicht auf materiellen Gewinn aus war.

Die Handlung kann vor sich gehen, die Zukunft liegt vor uns. Welt hat uns den Weg gezeigt, von welchem wir nicht mehr abweichen können. Wir vermögen nur erhobenen Blickes und frohen Mutes vorwärts zu schreiten und der Vision folgen. Hierin haben wir bei unserer Geburt geräumt. Amerika soll in Wahrheit den Weg zeigen. Das Licht leuchtet auf seinem Wege voraus und nirgendwo anders.“

Paris, 11. Juli.—Unter-Präsident Leon Balthazart, einer der besten französischen Politiker, der wegen seiner energischen Handlungen von allen Seiten zurückgezogen wurde, machte am Donnerstag mehrere Reden um die Stadt Versailles, wobei er mit seiner Maschine verunglückte. Er starb bald nach dem Unfall.

Chicago, Ill., 11. Juli.—Geheimdienste berichteten gestern hier den Bankräuber John Keating, der sich am 1. Mai an dem Bankraub der Iowa Staatsbank beteiligte, wobei den Banditen etwa \$43,000 zur Beute fielen. Keating wurde kurz nach der Tat verhaftet und sollte nach Chicago gebracht werden, wo seiner Angelegenheit ein Teil der Beute verbleibt. Auf dem Wege hierher entwickelte er jedoch seinem Wächter. Er wurde von den Polizisten auf Grund seines Bildes in der hiesigen Verbrechergalerie erkannt.

—Bericht über die Einfäusen auf die Tribüne

Die Macht der Großgläcker muß gebrochen werden

Dieselben drohen den gesamten Lebensmittelhandel der Welt zu monopolisieren.

Washington, 11. Juli.—Die Bundes-Handelskommission stützte heute Präsident Wilson über das Treiben der „Großen Fünf“ Großgläcker einen umfassenden Bericht ab und sprach gleichzeitig die Ansicht aus, daß dieselben in Kürze den Lebensmittelhandel in den Vereinigten Staaten, sowie den Verkauf von Fleischprodukten in der ganzen Welt monopolisieren werden, falls vom Kongreß nicht sofort Mittel und Wege gefunden werden, diese drohende Gefahr abzuwenden.

Die Großgläcker — Armour, Morris, Swift, Wilson und Cudahy — kontrollieren bereits gegenwärtig einen Großteil aller industriellen Anlagen, welche sich mit der Herstellung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln und deren Nebenprodukten beschäftigen, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, wenn sie den ganzen Lebensmittelmarkt des Landes kontrollieren werden. Unter Mitwirkung verschiedener anderer ausländischer Firmen spielen sie bereits jetzt im Fleischhandel der Welt eine bedeutende Rolle und die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, wenn sie auch diesen monopolisieren werden.

Der Bericht der Bundes-Handelskommission erweist, daß die Großgläcker gegenwärtig 775 verschiedene Lebensmittelhersteller besitzen oder doch den Handel in denselben vollständig kontrollieren; außerdem haben sie noch einen kontrollierenden Anteil in 762 anderen industriellen Unternehmen, darunter verschiedene öffentliche Nahrungsmittel-Korporationen, wie dies in den Städten Sioux City, Kansas City, St. Paul, Portland, Ore., San Francisco, Fort Worth, Chicago, St. Joseph, Mo., und Hill City, Minn., der Fall ist.

In vielen Fällen kommt es zwischen Industrien zu scharfen Konkurrenzkämpfen, wobei jene Korporationen, die insgesam von den Großgläckern geachtet oder kontrolliert werden, durch zweifelhafte und geschickliche Manipulationen als Sieger hervorgehen. Aus diesem Grunde wird von dieser Handelskommission auch der Vorschlag gemacht, daß die Eigentümerhaft der verschiedenen industriellen Betriebe öffentlich bekannt gemacht werden muß.

Wie weit sich die Kontrolle der „Großen Fünf“ erstreckt, geht aus der Tabelle hervor, daß dieselben im Jahre 1917 44 Prozent des gesamten Vorrates an Schaf- und Lammfleisch liefern; 17 Prozent des Schafschmaltens; 9 Prozent des Pferdegeschirrs; 21 Prozent des Leders zur Herstellung von Treibriemen und 22 Prozent des Sohlenlebens im ganzen Lande. Am 31. Juli 1917 kontrollierten sie nahezu 90 Prozent aller Häutevorräte der Vereinigten Staaten. In der Fabrikation von Kunstleder, Chemikalien, Baumwollstoffen und Schmalz, sowie dessen Erzeugnisse, stehen die Verhältnisse ähnlich.

Ihre Tätigkeit erstreckt sich aber auch über den Handel in konservierten Gemüsen, Viehfutter, Obst, Holz, Baumaterial, Eisenwaren, Mehl, Zement, Stahl und viele andere Handelsartikel. Der Handel in Getreide, Butter, Eier und Käse ist gleichfalls in den letzten Jahren in ihre Kontrolle übergegangen und sie werden jetzt für die ungerechtfertigten Preise dieser Lebensmittel verantwortlich gemacht.

Eine wirksame Kontrolle über dieselben durch die Regierung würde vom Publikum zweifellos mit allgemeinem Beifall begrüßt werden.

Zustizflüchtling wird festgenommen

Chicago, Ill., 11. Juli.—Geheimdienste berichteten gestern hier den Bankräuber John Keating, der sich am 1. Mai an dem Bankraub der Iowa Staatsbank beteiligte, wobei den Banditen etwa \$43,000 zur Beute fielen. Keating wurde kurz nach der Tat verhaftet und sollte nach Chicago gebracht werden, wo seiner Angelegenheit ein Teil der Beute verbleibt. Auf dem Wege hierher entwickelte er jedoch seinem Wächter. Er wurde von den Polizisten auf Grund seines Bildes in der hiesigen Verbrechergalerie erkannt.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 11. Juli. (Eigenbericht.) — Den Viehhändlern des Westens droht Ruin; der Preis für lebendes Gewicht Rindfleisch ist um 25 Prozent gefallen, während derjenige für Futter immer noch im Steigen begriffen ist. Die Großhändler haben infolgedessen die Engrospreise für Rindfleisch niedergeschraubt, der Konsument hat noch wie vor denselben hohen Preis für sein Rindfleisch zu zahlen. Und ebenso nach wie vor ist das ganze Land mit Plakaten: „Sparet mit den Lebensmitteln“ überhäuft, trotzdem Europa seinen Bedarf an Rindfleisch in Argentinien oder sonstwo kauft. Das Landwirtschaftsministerium bedauert, daß die Produktion von Rindfleisch, die während des Krieges bedeutend gestiegen war, wieder heruntergefallen ist und durch eine beständige Verringerung der Viehzucht zu einer hohen Preisbildung führen muß. Als Gegenmittel besteht es nun darauf, daß es eine patriotische und weise Pflicht sei, Rindfleisch im Ueberfluß zu konsumieren. Ein vorzüglicher Rat — wenigstens so weit als die Großhändler in Betracht kommen, und ebenso vorzüglich für den Markt; das Ministerium sollte aber auch den Konsumenten raten, von wo sie das Geld hernehmen sollen, um den aus der Lage Profit ziehenden Großhändlern auf die Beine zu helfen. Der Regierungsbeamte, der von seinen 75 Dollars Einkommen \$40 für Lebensmittel ausgeben muß, wird sich freuen zu erfahren, daß es eine patriotische Pflicht ist, mehr Fleisch zu kaufen. Wie würde das Mittel wirken, wenn jeder für einen oder zwei Monate das Fleischgenuß überhaupt abwürde würde? Die Antibonifikation verbietet nicht den Vegetarismus.

Der Akt der republikanischen Harmonie im Kongreß scheint einen kleinen Riß erhalten zu haben. Wenn man aus den jüngsten Debatten im Senat und im Haus urteilen kann, bestehen in beiden Zweigen der Gesetzgebenden Körper Meinungsverschiedenheiten unter den Führern in Bezug auf die einschlagende Politik und die Anwendung derselben. Als beim Zusammentritt des jetzigen Kongresses die Republikaner die Kontrolle im Haus und im Senat und damit die Verantwortlichkeit für die Gesetzgebung übernahmen, kündigten sie eine spezifische Politik an, auf die sie sich geeinigt hätten und welcher sie folgen würden. Die erste Stelle darin nahm Sparansamkeit in den öffentlichen Ausgaben ein, ein Versprechen, welches den Beifall des ganzen Landes auslöste. Einschränkung war das Lösungswort, die öffentlichen Gelder müßten gespart und die Kriegsausgaben vermindert werden. Die Hausausschüsse für Meer und Marine machten in dem Etat für Meer und Marine Abträge in einer Höhe, wie sie die beiden Ministerien nicht erwartet hatten, und gaben das Versprechen, daß die Sparansamkeit in befriedigender Weise durchgeführt werden würde. Als die Vorlagen dann aber an den Senat gingen, da wurden hunderte von Millionen zugeschlagen, wodurch der Anspruch, den die Republikaner auf Sparansamkeit machten, bedeutend geschwächt wurde. In den Konferenzen zwischen den beiden Häusern wurden dann Übereinkommen getroffen, welche die fertigen Vorlagen in ihren Gesamtsummen niedriger stellten, als der Senat sie stipuliert hatte, aber um viele Millionen höher, als das Haus beschlossen hatte. Die Folge davon war, daß die Berichte von dem Führer der Republikaner im Haus, Mondell, beanstandet wurden, und das Haus konnte sich an dem Schauspiel erheben, daß die republikanische Partei im Kongreß in der Frage der Kriegsappropriation schroff geteilt war und daß der Parteiführer die Arbeit von zwei der wichtigsten Ausschüsse offen kritisierte. Dieser Mangel an Harmonie war natürlich die Quelle großer Freude für die Demokraten, deren geteilte Reihen im letzten Kongreß das Thema häufigen und heftigen Kommentars von Seiten der Republikaner gewesen waren. Im Senat entwickelte sich eine ähnliche Situation, als der Kongreßbericht über die „Sunday Civil Bill“ zur Besprechung kam. Die Kongressmitglieder hatten eine 20,000 Dollarappropriation getrieben, welche die Kosten für die Erziehung des Budgetsystems mit der Absicht, dieses System im Kongreß anzunehmen, begleitete sollte, auch eine Politik, auf welcher sich die Republikaner

De Vallera hält öffentliche Ansprache

Wird im Madison Square Garten von Tausenden von Anhängern fürmlich begrüßt.

New York, 11. Juli.—Am Donnerstag abends fand im Madison Square Garten, unter den Auspizien der Freunde der irischen Freiheit eine zahlreich besuchte Massenversammlung statt, wobei Canon De Vallera, Präsident der irischen Republik, als einer der Hauptredner fungierte. Dies ist die erste öffentliche Ansprache, welche er in dieser Stadt hielt. Richter Daniel F. Coahalan, vom Obergericht, führte den Vorsitz.

Herr De Vallera wurde von dem Ex-Gouverneur Edward J. Dunne von Kansas City, Frank P. Walsh von Philadelphia, unter fürmlichen Beifallsrufen der Menge nach der Rednertribüne geleitet. Seine Begleiter fehlten erst fürzlich von Paris zurück, wo sie die Interessen der irischen Nation vertraten.

Mexikanern soll geholfen werden

Washington, 11. Juli.—Wie heute im Staatsdepartement bekannt wurde, sind die Regierungen von England und Frankreich abermals bei Daniel Sam im Interesse von Mexiko vorstellig geworden. Diese Länder verhalten sich seit Monaten, die Regierung der Vereinigten Staaten von der Ineffizienz einer tatkräftigen Unterstützung der Republik Mexiko zu überzeugen, damit die Regierung jenes Landes wieder in Stand gesetzt wird, Zahlungen an seiner nationalen und anderen Schulden zu machen und das Eigentum von Ausländern zu schützen. Englische Staatsbürger sind Eigentümer bedeutender Ränderfelder in Mexiko und sind auch an den Eisenbahnen jenes Landes finanziell stark interessiert. Franzosen dagegen haben große Summen Geldes in mexikanischen Banken investiert, welche jedoch durch erzwungene Darlehen der Regierung eingezogen wurden.

Ukrainer und Polen im Kampf

Wien, 11. Juli.—Wie das ukrainische Preßbüro hierber berichtet, ist im östlichen Galizien gegenwärtig ein schwerer Kampf zwischen polnischen Armeen und ukrainischen Truppen im Gange. Nachdem die Ukrainer die Angriffe der Polen an den Flüssen Lota Liva und Narawka entlang abgewiesen haben, drängen sie dieselben zur Aufgabe der Städte Tarnopol, Brody und Stanislaw.

verpflichtet hatten. Senator Kennon von Iowa, einer der streitbaren liberalen Republikaner, kritisierte diesen Abbruch sehr scharf und rief das feierliche Versprechen ins Gedächtnis zurück, welches man vollständig ignoriert hatte. Er nannte das ein „hurlofes Versprechen“ der Budgetbewegung durch die alte Garde und sagte, es würde besser sein, der Verantwortlichkeit gegenüber freimütig zuzugehen, daß die Partei gemacht die Absicht hätte, ihr Versprechen zu halten. Diese und andere Zwischenfälle, die sich im Laufe der Debatte ergaben, zeigten den Mangel vollständiger Einigkeit unter den Republikanern an, und das mag möglicherweise einen wichtigen Einfluß auf die bevorstehende Präsidentenwahl haben. Denn wenn es den Vertretern der Partei im Kongreß nicht möglich ist, eine geschlossene Front in Bezug auf die einschlagende Politik zu zeigen und wenn sie nicht im Stande sind, diese Politik in die Wirklichkeit umzusetzen, welche Aussichten hat die Partei dann, die Einigkeit zu erlangen, die in der Kampagne allein den Erfolg gewährleisten kann? Es ist jetzt noch zu früh von Kandidaten zu sprechen, aber es ist sicher, daß die demokratische Partei in die nächste Kampagne mit einer Entschlossenheit zu gewinnen gehen wird, und ihr Antritt wird der glorieus zu Ende geführte Krieg sein. Sie müssen eine einzige Partei sein, wollen sie den Republikanern die Kontrolle wieder abnehmen. Dasselbe gilt natürlich auch von den Demokraten. Auch sie können nur gewinnen, wenn sie einig und geschlossen dastehen und das zur Ausführung bringen, was sie versprochen haben.

„Zukunft“-Garden soll nach Washington

Bernstorff empfiehlt ihn für den Botschafterposten; im Auswärtigen Amt wird aufgeräumt; der Handel beginnt sich zu regen

Berlin, 10. Juli. (Berger; von Carl D. Groat, Korrespondent der United Press.) — Maximilian Garden, Herausgeber der „Zukunft“, wird als Botschafter in Washington genannt. Es heißt, daß Graf Bernstorff Garden für diesen wichtigen Posten unterführt, da er in den Vereinigten Staaten Personae grata ist. Die deutsche Regierung ist begierig, die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich baldmöglichst herzustellen. Inzwischen wird im Ministerium des Auswärtigen aufgeräumt. Verdienstvolle Männer werden bei der Begabung von Ämtern besonders berücksichtigt werden. Personen, die sich im Konsulardienst bewährt haben, sollen zu diplomatischen Stellen herangezogen werden. Das auswärtige Amt hat nunmehr eine Neugliederung ins Leben gerufen, die sich besonders auswärtigen Handelsbeziehungen widmen soll. Die eingezogenen Ertundigungen werden von den deutschen Geschäftsmännern verwertet werden. Obgleich die Geschäfte in Deutschland wegen Mangels an Rohmaterial und Unruhe unter den Arbeitern darnieder liegen, so beginnen sich dieselben demnach allmählich zu heben und man sucht sich künftige Operationenfelder.

Deutsches Gericht wird dementiert

Paris, 11. Juli.—Aus deutschen Kreisen hier eingetroffene Meldungen, denenzufolge amerikanische Truppen die preussische Provinz Oberpfälzen okkupieren werden, werden von hier befindlichen amerikanischen Regierungsbeamten dementiert. Ein Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation bezeichnet die Nachricht als vollständig haltlos.

Flugzeug fällt auf Automobil

Rontiac, Ill., 11. Juli.—In der Nähe der benachbarten Stadt Kempton ereignete sich am Donnerstag ein ungewöhnlicher Unfall, wobei sieben Personen mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen. Ein Armeeflugzeug von Chantilly landete bei Rontiac, Ill., unternehm daleibt Schaulflüge, als plötzlich der Motor ausfiel und das Flugzeug auf ein Automobil aufschlug.

Senators Borah will Aufklärung haben

Washington, 11. Juli.—Kurz nachdem Präsident Wilson am Donnerstag seine Ansprache beendet und die Senatskammer verließ, reichte Senator Borah von Idaho eine Resolution ein, in welcher der Präsident ermahnt wird, alle schriftlichen Besprechungen von Delegaten der Friedensverhandlungen, die auf die Schantung Frage Bezug haben, dem Senat vorzulegen, vorausgesetzt, daß dies nicht gegen das öffentliche Interesse ist. Besonders Gewicht wird auf ein angebliches Protokoll gelegt, welches Herrn Wilson von General Foster S. Voss, Sekretär Lansing und Henry White, von der Friedenskommission, zugegangen ist. Präsident Wilson wird auch gleichzeitig aufgefordert, irgendwelche Aufzeichnungen, aus denen ersichtlich ist, daß Japan auf die chinesischen Delegaten in der Schantung Angelegenheit einen gewissen Druck ausüben durfte, vorzulegen.

Todesstrafe für Nahrungsmittelwucherer

Paris, 11. Juli.—Heute wurde in der Deputiertenkammer eine Vorlage eingebracht, laut welcher alle Wucherer in Lebensmittel mit dem Tode bestraft werden sollen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und fortgesetzt warm heute Abend und Samstag.
Für Nebraska — Allgemein schön und fortgesetzt warm heute Abend und Samstag.
Für Iowa — Schön im äußersten Westen heute Abend und wärmer, mit lokalen Gewitter-Regen heute Nachmittag und heute Nacht; in östlichen und zentralen Teilen am Samstag allseitig schön und fortgesetzt warm.

Franzosen fürchten Deutschland

Paris, 11. Juli.—Der Deputierte Henry R. Raze erklärte gestern in der Abgeordnetenkammer, daß der Vertrag mit Deutschland, soweit die militärischen Bedingungen in Betracht kommen, ein Kriegsvertrag und kein Friedensvertrag sei. Er sagte, die Bedingungen betreffen deutscher Armeedivisionen